



FOCUS

Plenarsitzung vom 22. bis 25. November 2010 in Straßburg

Die EU-Haushaltskrise wird für interessanten Gesprächsstoff sorgen. Der Chef der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet wird zur Schuldenkrise in der EU Stellung nehmen, am Mittwoch wird dann der diesjährige LUX-Filmpreis offiziell vergeben. Als Ehrengast wird der georgische Präsident Michail Saakaschwili erwartet, sowie die Naturschützerin Jane Goodall, die sich seit den 1960er Jahren mit Menschenaffen (Schimpansen) beschäftigt.

Der blockierte Haushalt der EU für das Jahr 2011 wird eines der wichtigen Themen der Plenarsitzung werden. Die EU-Abgeordneten werden mit dem Präsidenten der Kommission, José Manuel Barroso, und dem belgischen Ratsvorsitz über die Blockade des EU-Haushalts 2011 diskutieren. Es wird erwartet, dass ein von den Fraktionsführern gemeinsam entworfener Entschließungsantrag zur Abstimmung vorgelegt wird.

Entnehmen Sie die Themenübersicht aus dem Newsletter, Sie können die Plenartagung live mit simultaner Übersetzung ins Deutsche verfolgen.

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 22. bis 25. November 2010

EU-Haushaltskrise: Aussprache mit Barroso und dem belgischen Ratsvorsitz

Die EU-Abgeordneten werden mit dem Präsidenten der Kommission, José Manuel Barroso, und dem belgischen Ratsvorsitz über die Blockade des EU-Haushalts 2011 diskutieren. Ein von den Fraktionsführern gemeinsam entworfener Entschließungsantrag wird zur Abstimmung vorgelegt.

Verschreibungspflichtige Medikamente: Patienten sollen besser informiert werden

Patienten müssen künftig besseren Zugang zu qualitativ hochwertigen und nicht werbende Informationen über Risiken und Nutzen verschreibungspflichtiger Arzneimittel. Der EP-Umweltausschuss will durch seine vorgeschlagenen Änderungsanträge eine bessere Unterscheidung zwischen Werbung und reiner Information über verschreibungspflichtige Medikamente sicherstellen. Somit soll verdeckte Werbung vermieden werden.

Giftige Stoffe aus Elektrogeräten verbannen

Das Parlament wird am Dienstag über die Verbesserung von Sicherheitsbestimmungen für die vielen Elektro- und Elektronikgeräte, die in der EU verkauft werden, abstimmen. Bestimmte verbotene Stoffe dürfen in einer noch größeren Vielzahl von solchen Produkten nicht mehr enthalten sein, besagen die Bestimmungen. Die Neufassung der Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe ("RoHS-Richtlinie") muss nun noch formell von Parlament und Rat verabschiedet werden.

EZB-Chef Trichet zum Jahresbericht der Zentralbank 2009 und "Währungskrieg"

Da die Schuldenkrise einige Länder der Eurozone weiter schwer unter Druck setzt, wird der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet am Montag an der gemeinsamen Aussprache über die Arbeit der EZB in 2009 teilnehmen. Zudem werden die jüngsten Entwicklungen des internationalen Währungsaustauschs diskutiert. Über einen Entschließungsantrag, der die Leistungen der EZB und insbesondere ihre Reaktion auf die Wirtschaftskrise unter die Lupe nimmt, wird am Dienstag abgestimmt.

EU-Abgeordnete erörtern strategische Prioritäten der Kommission

Die EU-Abgeordneten werden am Dienstagnachmittag mit dem Präsidenten der Kommission, José Manuel Barroso, das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2011 erörtern. Dessen fünf Prioritäten sind: Festigung der sozialen Marktwirtschaft in Europa über die Krise hinaus, Wachstumsbelebung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Fortsetzung der bürgernahen Agenda, Verstärkung der Präsenz Europas auf der internationalen Bühne und ergebnisorientiertes Denken zur optimalen Nutzung der EU-Politik.

LUX-Filmpreis des EP 2010 wird am Mittwoch verliehen

Am Mittwoch, 24. November, um 11:45 Uhr wird Parlamentspräsident Jerzy Buzek den diesjährigen LUX-Filmpreis des Europäischen Parlamentes verleihen. Die drei konkurrierenden Filme sind 'Akadimia Platonos' von Fillippos Tsitos (Griechenland, Deutschland), 'Die Fremde' von Feo Aladag (Deutschland) und 'Illégal' von Olivier Masset-Depasse (Belgien). EU-Abgeordnete, die die Filme gesehen haben, werden den Gewinner auswählen.

Georgiens Präsident wendet sich in einer Rede an die EU-Abgeordneten

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen der EU und Georgien und die Situation im Land nach dem bewaffneten Konflikt werden am Dienstag erörtert, wenn Michail Saakaschwili in einer feierlichen Sitzung eine Rede ans Parlament hält. Der georgische Präsident wird voraussichtlich auch Mitglieder des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten treffen.

Staatliche Kohlebeihilfen müssen schrittweise reduziert werden

Geht es nach den EU-Abgeordneten, so wird die Frist für staatliche Beihilfen zur Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke verlängert. Im Entschließungsentwurf wird eine Fristverlängerung der Steinkohleförderung bis zum 31. Dezember 2018 gefordert. Die Kommission hatte im Gegensatz dazu einen Beihilfestopp für die Zeit nach dem 1. Oktober 2014 vorgeschlagen. Mit der erweiterten Laufzeit werden die negativen sozialen Folgen solcher Schließungen reduziert, so die Parlamentarier.

Klima: Abgeordnete drängen auf eine Macher-Mentalität in Cancún

Die Abgeordneten werden über einen Entschließungsentwurf abstimmen, die wichtige Fortschritte bei der bevorstehenden UN-Klimakonferenz in Cancún (Mexiko) fordert. Eine Einigung ist insbesondere nötig beim Forstschutz, bei Klimaschutzhilfen für Entwicklungsländer sowie beim Technologietransfer. Im Entschließungsantrag wird auch die aktuelle EU-Debatte über die Heraufsetzung des Reduktionsziels für Treibhausgase auf 30 % bis zum Jahr 2020 angesprochen.

EU-Abgeordnete wollen Fortbestand kleiner Schnapsbrennereien in Deutschland sichern

Deutschland soll weiterhin staatliche Beihilfen im Rahmen des Branntweinmonopols gewähren dürfen. Das Europäische Parlament könnte der Verlängerung der Ausnahmeregelung bis 2017 unter der Bedingung zustimmen, dass die deutschen Behörden den Europaabgeordneten alljährlich Bericht über das stufenweise Auslaufen des Privilegs erstatten.

Bedingungen an Zustimmung zum ACTA-Abkommen gegen Produkt- und Markenpiraterie geknüpft

Das umstrittene Handelsabkommen gegen Produkt- und Markenpiraterie (Anti-Counterfeiting Trade Agreement ACTA) rückt nächste Woche erneut ins Scheinwerferlicht. Das Europäische Parlament wird eine Entschließung über das Ergebnis der am 2. Oktober in Tokyo abgeschlossenen Verhandlungen verabschieden. Das Inkrafttreten des ACTA-Abkommens ist an die Zustimmung des Parlaments gebunden.

Ausbruch der Cholera auf Haiti: Parlament diskutiert dringende Hilfsmaßnahmen

Weniger als eine Woche vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Haiti erwarten die Europaabgeordneten eine Stellungnahme der EU-Kommission am Montagnachmittag. In der nachfolgenden Debatte wird die akute Lage in dem vom Erdbeben verwüsteten Karibikland zur Sprache kommen, in dem bereits mehr als 1000 Menschen einer Cholera-Epidemie zum Opfer gefallen sind. Die ebenfalls für 28. November anberaumten Parlamentswahlen wurden bereits auf Februar kommenden Jahres verschoben.

Parlamentsdebatte über Schwerpunkte der zukünftigen EU-Energiestrategie

Die zukünftige Energiestrategie der EU sollte vorrangig auf vollständige Umsetzung bereits existierender Gesetzgebung abzielen, innovative Energieprojekte bewerben und die Energie-Außenhandelspolitik der EU stärken. Am Donnerstag werden die Abgeordneten über die diesbezüglichen Vorschläge der Kommission abstimmen. Die erfolgreiche Umsetzung des Binnenmarkts wird dabei als unbedingte Voraussetzung angesehen.

Was tun mit nicht wettbewerbsfähigen Steinkohlebergwerken?

Am Dienstag (23.11.) wird über die Zukunft von über 100,000 Jobs im Kohlebergbau diskutiert werden. Es geht dabei um neue Regelungen für staatliche Beihilfen. Die gültigen Regeln laufen im Dezember aus und das Parlament hat sich bereits für die Vorschläge der Kommission für ein Programm bis 2014 ausgesprochen.

Im Prinzip wären dann die EU-Regierungen in der Lage, weiterhin Subventionen zu zahlen. Das Parlament und die Kommission argumentieren, dass angesichts der begrenzten Verfügbarkeit heimischer Energiequellen in der Europäischen Union die Unterstützung der Kohleindustrie gerechtfertigt ist.

Diese Haltung stützt sich auf den Rahmen der politischen Maßnahmen der Union zur Förderung erneuerbarer Energiequellen und kohlenstoffärmerer Brennstoffe für die Stromerzeugung. Die zulässigen Arten von Beihilfen dürfen allerdings nicht unbegrenzt fortgeführt werden.

Auf jeden Fall müssen jedoch die staatlichen Beihilfen aufrechterhalten werden, die dazu bestimmt sind, den Schadstoffeffekt der Kohle zu verringern.

Bergwerke, die weiterhin wettbewerbsfähig sind, gleichzeitig jedoch auch nach diesem Zeitraum von zehn Jahren eines staatlichen Anschubs zur Tatigung von Investitionen in technologische Anwendungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes bedürfen, sollten von dieser Abschaffung der Beihilfen ausgeschlossen werden.

In Polen, Großbritannien und Tschechien gibt es beispielsweise Kohlebergwerke, die profitabel arbeiten, ganz im Gegensatz zu - beispielsweise - Zechen im Ruhrgebiet, die auf staatliche Beihilfen angewiesen sind.

Das Parlament hat in diesem Bereich kein eigenes Mitspracherecht, kann aber zu den rechtlichen Vorschlägen Stellung nehmen. Das Dossier betreut der deutsche Sozialdemokrat Bernhard Rapkay.

Diskussion über bessere Informationen auf Beipackzetteln

Am Montag Abend (22.11.) steht eine wichtige Diskussion auf dem Programm: wie sollen Informationen über verschreibungspflichtige Medikamente dargestellt werden und wie sollen Werbebotschaften von tatsächlicher Information über die Wirkung von Medikamenten getrennt werden?

Europaweit sollen hierfür einheitliche Standards eingeführt werden.

Die wichtigsten Daten sind:

- eine Zusammenfassung der Wirkstoffe und deren Zugänglichkeit für Verbraucher
- klare Darstellung, wie aktuell die Angaben sind
- Angaben zu Krankheiten, die mit dem Medikament behandelt werden
- Informationen zur Vorbeugung der entsprechenden Krankheiten

Für das Gesetz zeichnet der schwedische konservative Abgeordnete Christofer Fjellner verantwortlich.

Jerzy Buzek eröffnet Plenarsitzung

Die Freilassung der burmesischen Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi aus jahrelangem Hausarrest war einer der Hauptpunkte der Begrüßungsrede von Parlamentspräsident Jerzy Buzek.

Den Opfern der Überschwemmungen in Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und Italien sprach er im Namen des Parlaments sein Beileid aus. Neben Verlusten an Menschenleben verursachten die Fluten Schäden in Millionenhöhe. Viele Europaabgeordnete berichteten über die konkreten Auswirkungen in ihren jeweiligen Wahlbezirken und riefen zur schnellen Bereitstellung von Hilfsmitteln durch den vor acht Jahren ins Leben gerufenen EU-Solidaritätsfonds.

Außerdem sprach Buzek deutliche Worte zur Unterstützung des Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen, der am 25. November begangen wird. In diesem Zusammenhang verwies er auf die tagtägliche Praxis der Genitalbeschneidung, jeden Tag werden nach wie vor 8000 Mädchen diesem brutalen und menschenverachtenden Ritual unterzogen.

An die Adresse von Aung San Suu Kyi richtete er eine herzliche Einladung nach Strassburg zur Plenartagung zu kommen. Die burmesische Politikerin wurde vor 20 Jahren mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet, konnte ihn aber bisher nicht persönlich übernehmen.

Heftige Regenfälle fordern Menschenleben

Die heftigen Regenfälle der letzten Tage waren Anlass für Jerzy Buzek den Familien, die Verluste an Menschenleben und Sachschäden zu verbuchen hatten, Kondolenz zu übermitteln.

Den Opfern der Überschwemmungen in Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und Italien sprach Buzek im Namen des Parlaments sein Beileid aus. Neben Verlusten an Menschenleben verursachten die Fluten Schäden in Millionenhöhe.

Viele Europaabgeordnete berichteten über die konkreten Auswirkungen in ihren jeweiligen Wahlbezirken und riefen zur schnellen Bereitstellung von Hilfsmitteln durch den vor acht Jahren ins Leben gerufenen EU-Solidaritätsfonds.

Viele Abgeordnete machten auch deutlich, das die Fluten viele kleine und mittlere Unternehmen geschädigt haben, die es sehr schwer haben werden, wieder auf die Beine zu kommen.

Außerdem forderten einige Abgeordnete eine Untersuchung, um festzustellen, welche Faktoren hinter den hohen Regensmengen stehen und wie man sich auf solche Vorfälle in Zukunft besser vorbereiten kann.

EZB muss weiterhin eine aktive Rolle bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise spielen

Nach der gestrigen Aussprache mit dem EZB-Chef Trichet haben die EU-Abgeordneten heute am Dienstag durch Handzeichen eine Entschließung angenommen, in der die Aktivitäten der Europäischen Zentralbank in 2009 beurteilt werden. Des Weiteren enthält die Resolution Vorschläge für Maßnahmen, die bezüglich der Wirtschaftssituation unternommen werden könnten.

Angesichts der fortwährenden Schuldensituation wollen die Abgeordneten im Rahmen der Entschließung die EZB ermutigen, Staatsschulden nach britischem und US-amerikanischem Vorbild aufzukaufen. Der Bericht geht im Besonderen auf die problematische Rolle von Kredit-Rating-Agenturen ein, die das Verschuldungsniveau von Mitgliedstaaten beurteilen. In der Entschließung wird die Kommission aufgefordert, ehrgeizigere Vorschläge zur Kontrolle der Arbeitsweise dieser Agenturen vorzulegen.

Außerdem wird in der Entschließung hervorgehoben, dass eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik von grundlegender Bedeutung für eine widerstandsfähige Wirtschafts- und Währungsunion sei. Ihr Hauptaugenmerk habe bislang zu sehr vorwiegend währungspolitischen Aspekten gegolten. Zudem wird in der Resolution in diesem Zusammenhang die dringende Notwendigkeit, Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten anzugehen, hervorgehoben. Ferner wird die dringliche Einrichtung eines dauerhaften Rahmens für Krisenmanagement gefordert.

Schließlich wird Sorgfalt bei der Umsetzung der Sparpakete in der EU gefordert, um zu gewährleisten, dass die wirtschaftliche Erholung nicht ernsthaft behindert wird.

Die Diskussion mit Jean-Claude Trichet konzentrierte sich auf die Notwendigkeit, die realen und alltäglichen Sorgen der Bürger in Bezug auf die Krise anzugehen. Weitere Schwerpunkte waren das Problem des Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedstaaten sowie die globale Koordination der Finanzmarktregulierung und die potenziellen Vorteile von Eurobonds.

Während der Debatte berichtete Jean-Claude Trichet detailliert, wie die EZB ihren Leitzins in 2009 radikal bis 1% gesenkt habe. Ferner habe die EZB Unterstützungsmaßnahmen für Kredite zur Stützung von Banken ausgearbeitet. EZB-Chef Trichet erklärte zudem, wie die EZB auf dem Schuldverschreibungsmarkt der Eurozone intervenierte, um die Probleme auf den Rentenmärkten anzugehen.

Im Anschluss an Jean-Claude Trichet sagte Olli Rehn, der Kommissar für Wirtschaft und Währung, dass die für Irland bald freigestellte Hilfe für die Stabilität der gesamten Eurozone sorgen würde. Abschließend sagte Rehn, dass die Verhandlungen mit den irischen Behörden über den Mechanismus bis Ende November abgeschlossen werden sollten.

Das W in der WWU

Burkhard BALZ (CDU, Deutschland), EP-Berichtersteller des EZB-Berichts 2009, hob die Bedeutung der Konzentration auf wirtschaftliche Koordination zwischen den Mitgliedern der Eurozone hervor. So soll die EU ausgerüstet werden, um bei künftigen Problemen richtig reagieren zu können, anstatt nur monetäre Fragen zu behandeln.

Grundsätzliche Fragen angehen

"Wir müssen an unsere Bürger denken", sagte Jean Paul GAUZÈS (EVP, Frankreich). "Wir müssen alle notwendigen Veränderungen besser zu kommunizieren", fuhr er fort und fügte hinzu, dass die Sorgen der Bürger nicht allein durch die Handlungen der EZB in Angriff genommen werden können, sondern müssen durch kühnes Handeln auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger angegangen werden.

Sylvie GOULARD (ALDE, Frankreich) betonte, dass dank des Vertrags von Lissabon wird es eine öffentliche Debatte über die Reform der Wirtschaftsregierung geben. Zudem hob sie hervor, dass die aktuelle Schuldenkrise "uns noch weiter als den Vorschlag der Kommission zur Wirtschaftsregierung treiben" sollte, mit einer Aufsichtsrolle für das Europäische Parlament.

Ein gut verteidigte Eurozone

George Sabin CUTAŞ (S&D, Rumänien) plädierte für "einen permanenten Mechanismus, um die Eurozone vor spekulativen Angriffen zu verteidigen", der von der EZB verwaltet wird und "möglicherweise über eine europäische Ratingagentur nachzudenken". Er betonte auch die Notwendigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen der Haushaltskonsolidierung als Parameter für politische Entscheidungen anzufügen, um nicht Sparmaßnahmen zu haben, die das langfristige wirtschaftliche Wachstumspotenzial behindern.

Steuerwettbewerb und Überschussländer

Sven GIEGOLD (Bündnis 90/Die Grünen) wies auf wichtige Details, die für eine wirksame wirtschaftspolitische Koordinierung nötig sind. "Wir müssen Ungleichgewichte auch durch das Angehen von Überschussländern und nicht nur von Defizitländern in Angriff nehmen", sagte der Grünen-Abgeordnete. Er forderte außerdem "Rahmenbedingungen, um mit Steuerwettbewerb in der EU umzugehen", verwies dabei auf Irlands niedrige Unternehmenssteuer.

Weltweite Koordinierung

Kay SWINBURNE (EKR, Vereinigtes Königreich) betonte, dass die internationale Koordinierung der Schlüsselpunkt sei: Entscheidungen müssen gemeinsam mit allen "großen Akteuren" auf der ganzen Welt getroffen werden. Zudem warnte sie vor der Bedrohung der nationalen Interessen, die auftreten können. Swinburne hob zudem die "schwierige Aufgabe", die von der EZB durchgeführt wird, hervor. So hofft sie, dass die EZB erfolgreich ist, die Rolle der EU auf globaler Ebene zu verbessern.

Zeit für Euroanleihen

Der deutsche Abgeordnete Jürgen KLUTE (Die Linke) kritisierte die EZB dafür, dass sie keine Eurobonds erteilt habe, um in Schwierigkeiten steckende Mitgliedstaaten zu finanzieren, um so "den Casino-Ansatz zu vermeiden". Die Konsequenz sei, ihm zufolge, dass "Arbeitnehmer sich selbst überlassen werden".

Falsche Perspektive

John BUFTON (EFD, Vereinigtes Königreich) machte geltend, dass das Streben nach mehr wirtschaftlicher Koordinierung nicht die Medizin für die derzeitigen Schwierigkeiten sei, da die weitere Integration Europas selbst für die Krise verantwortlich zeichnet. "Eine gemeinsame Währung kann nur in einem föderalistischen Umfeld funktionieren", sagte er und fragte sich, ob ein föderalistischer Staat das letztendliche Ziel der Vorschläge der Kommission sei.

"Wie eine Feuerwehr"

"Wir müssen wie eine Feuerwehr handeln - Feuer in Europa löschen", sagte EU-Kommissar Rehn, auf die Fragen der Abgeordneten antwortend. Sich auf die Situation in Irland beziehend sagte er: "Wenn jemand in Schwierigkeiten ist, müssen Sie ihm helfen, (...) auch im Interesse der breiteren Stabilität Europas". "Alle Mitgliedstaaten würden in viel mehr Schwierigkeiten stecken ohne den EU-Schild", fügte er hinzu.

Durch schlechte Wirtschaftsregierung verursachte Instabilität

"Die Wirtschaftsunion lässt uns nicht kalt, aber wir sind nur für die Währungsunion verantwortlich", sagte EZB-Präsident und kritisierte "die Tendenz, die EU als Sündenbock zu benutzen" und die Schuld für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf den Euro, "einer robusten und soliden Währung", zu schieben. "Es ist nicht der Euro, der auf dem Spiel steht", so Trichet, "sondern die finanzielle Instabilität, die durch schlechtes Verhalten der Finanzpolitik

Focus

gesteuert wird" und "die schlechte Regierungsführung der Wirtschaft" in einigen Mitgliedstaaten. Abschließend forderte Trichet die Abgeordneten auf, hart zu arbeiten, um "eine sehr starke Überwachung und Regierungsführung" der EU-Wirtschaft sicherzustellen.

Georgiens Präsident Saakaschwili sucht friedliche Lösung mit Russland

Georgiens Präsident Micheil Saakaschwili warb während seiner Rede vor dem Europäischen Parlament für eine Zukunft Georgiens, die fest in Europa verankert sei. Zudem machte er deutlich, dass Georgien eine friedliche Lösung im Konflikt mit Russland um die abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien suchen werde und auf Gewalt verzichte.

In seiner Begrüßungsrede sagte Jerzy Buzek, dass die letzten sieben Jahre für Georgien alles andere als leicht waren und dass die EU an Moskau appelliert hat, sich an das Waffenstillstandsabkommen zu halten. Russische Behörden sollen georgische Staatsbürger nicht schikanieren und europäischen Beobachtern den Zutritt in die besetzten Gebiete nicht verwehren.

Georgien ist dabei eine europäische Demokratie zu werden

Der georgische Präsident machte deutlich, dass die Bürger seines Landes sich nicht mehr als Bewohner eines post-sowjetischen Staates sehen, sondern sich mit ihrem Land wie mit einer europäischen Demokratie auseinandersetzen und ähnliche Ansprüche an das Funktionieren als Staat und Gesellschaft stellen, wie es in europäischen Demokratien üblich ist.

Er erinnerte an die "Rosen-Revolution" von 2003 die freie Wahlen und eine Öffnung der Wirtschaft und Gesellschaft brachte. Georgien habe der kommunistischen Vergangenheit den Rücken gekehrt und ist auf dem Weg zu einer Demokratie.

Weiter sagte er, dass aus georgischer Sicht die Europäische Union eine Quelle der Hoffnung ist, dass auch die gewalttätigsten Konflikte überwunden werden können. es sei an der Zeit, dass sich der Frieden in Europa auch auf den Kaukasus erstreckt. Es versicherte, dass Georgien alles tun werde, um sein Schicksal in Europa zu verwurzeln.

Russland ist ein Partner und kein Feind

Seit dem bewaffneten Konflikt mit Russland im Jahr 2008, bei dem über ein Fünftel des georgischen Staatsgebietes unter russische Militärverwaltung gelangte, sucht Georgien eine friedliche Lösung mit seinem großen nördlichen Nachbarn. "Georgien wird nie Gewalt anwenden, um seine territoriale Integrität wiederzuerlangen," versicherte Saakaschwili.

Er wünsche sich Russland als Partner und nicht als Feind, sagte der georgische Präsident. Russen seien in Georgien immer willkommen als Partner, Touristen, Studenten, Geschäftsleute, Journalisten oder einfach als Freunde. Nie jedoch als Besatzer. "Zusammenarbeit soll Rivalität ersetzen," sagte er und bat die Europäische Union hierfür für Unterstützung.

Parlament demonstriert Einigkeit angesichts des Stillstands des EU-Haushalts 2011

Hinsichtlich des Stillstands in den EU-Haushaltsverhandlungen 2011 nimmt das Europäische Parlament eine feste und einheitliche Position ein. Dies wurde deutlich in der heutigen Plenumsdebatte über die Haushaltsverhandlungen für 2011 mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Melchior Wathelet, dem Vertreter der belgischen Ratspräsidentschaft und Haushaltskommissar Janusz Lewandowski.

Die Aussprache konzentrierte sich auf drei Eckpunkte: die Zahlen des Haushaltsplans 2011, Flexibilität innerhalb des Haushaltsplans, um neuen Prioritäten oder unvorhergesehenen Ausnahmesituationen gerecht zu werden sowie die Frage der Einbeziehung des Europäischen Parlaments in die Gespräche über die künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen und Eigenmittel.

Zu Beginn der Sitzung erinnerte Parlamentspräsident Buzek, dass das Parlament bereit gewesen sei, die Zahlen des Rates (bzgl. Verpflichtungen und Zahlungen) zu akzeptieren. "Im Gegenzug wollten wir eine Überkunft in der Frage der Flexibilität im Haushaltsplan und darüber, wie der Vertrag von Lissabon im Hinblick auf künftige Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens und eigene Ressourcen umgesetzt werden sollte", sagte er.

Der französische Abgeordnete Joseph DAUL, EVP-Fraktionsvorsitzender, sagte, dass "die Debatte kein Machtkampf ist. Es geht darum, zu ermöglichen, dass die EU ihre Versprechen einhalten kann. [...] Die Realität sieht so aus, dass der gegenwärtige Haushalt nicht die neuen Kompetenzen der EU in Betracht zieht; er berücksichtigt auch nicht die Haushaltsrevision, die das Parlament angefordert hat und enthält auch keine Finanzierung der EU2020-Strategie. Der Rat verabschiedet Programme, sorgt aber nicht für deren Finanzierung."

Im Namen der S&D-Fraktion sagte der Fraktionsvorsitzende Martin Schulz (SPD, Deutschland): "Das Parlament wird getestet. Die Diskussion dreht sich nicht mehr um Geld, sondern um die Richtung, in die sich die EU derzeit bewegt. Es geht um die Rechte des Parlaments, wie sie sich im Vertrag von Lissabon widerspiegeln. [...] Wir sind gewählt, um uns mit der EU und ihrem Haushalt zu beschäftigen. Jetzt wollen die nationalen Regierungen uns steuern und überwachen. Das ist der falsche Weg!" Bezüglich Flexibilität erklärte er: "Es ist im Interesse aller Institutionen, um in der Lage zu sein, - wenn nötig - flexibel zu reagieren."

Danach ergriff der Fraktionsführer der Liberalen, Guy VERHOFSTADT (ALDE, Belgien) das Wort: "In Bezug auf die Zahlen ist es kein Geheimnis, dass das Parlament bereit ist die Zahlen zu akzeptieren, allerdings im Rahmen einer umfassenden Vereinbarung. Der zweite Teil, Flexibilität, ist jedoch ebenso wichtig. Flexibilität ist nicht ein Zugeständnis des Rates. Es ist zur Finanzierung neuer Projekte notwendig. [...] Das Wichtigste ist, dass wir das Problem der zukünftigen Finanzierung der EU lösen. Dabei müssen die Eigenmittel einen Teil des Deals ausmachen. Hierbei geht es nicht um eine Änderung der Verträge, sondern um die Anwendung der Verträge!"

Daniel COHN-BENDIT (DieGrünen/EFA, Frankreich) erklärte im Namen seiner Gruppe, dass die EU "am Scheideweg" stünde. "Es geht nicht um Geld, es geht um die Frage, die Europäische Idee voran zu bringen oder nicht. Wir erwarten von der EU Probleme zu lösen, die auf nationaler Ebene nicht zu lösen sind. Aber die Mitgliedstaaten wollen der EU nicht die Mittel geben, die sie dafür braucht. Wir haben drei Forderungen vorgelegt. Den Mitgliedstaaten möchte ich sagen: Nehmt sie an oder lasst es sein! Wir werden die Debatte nicht auf halbem Weg abbrechen."

Die EKR-Gruppe wurde von Lajos BOKROS (EKR/Ungarn) vertreten, der zu bedenken gab, dass "500 Steuerzahler nicht verstehen können, warum im ersten Jahr des Lissabon-Vertrags keine Einigung zustande kam. [...] Aber es gibt eine Möglichkeit zur Einigung - wenn wir uns auf die Flexibilität einigen können. Wenn wir uns auf die Flexibilität einigen können, könnte das Parlament versprechen, von den Regierungen keine politischen Erklärungen zu erzwingen. Hingegen wäre es eine weitere Schande und eine größere Schande, wenn wir uns dieses Mal nicht einigen könnten."

Lothar BISKY (Die Linke, Deutschland) hob hervor: "Neue Aufgaben können nicht, zumindest nicht vollständig, vom gegenwärtigen Haushalt finanziert werden. Mitgliedstaaten müssen mit dem Parlament über eigene Ressourcen diskutieren. Wenn wir keine Gespräche mehr führen, geben wir die Idee der europäischen Integration auf." Er warnte weiterhin davor, dass "Nettozahler dazu neigen zu vergessen, was Solidarität bedeutet."

Als letzte Sprecherin der Fraktionen erklärte Marta ANDREASEN (EFD/Vereinigtes Königreich) im Plenum: "Seien wir ehrlich. Die Verhandlungen zum Haushalt 2011 sind am Ehrgeiz dieses Parlamentes gescheitert, mehr Macht über den Haushalt zu gewinnen. Und die Vorstellung einer europäischen Steuer haben wir immer ganz klar als inakzeptabel erachtet."

Im Namen der belgischen Ratspräsidentschaft hob Staatssekretär für Haushalt und Familie Melchior WATHELET drei Themen hervor: den Haushalt 2011, die Frage der Flexibilität und die politische Erklärung bezüglich der Beteiligung des Parlamentes in Diskussionen über den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen und die Debatte um Eigenmittel. Er war der Ansicht, dass die politische Erklärung das wirkliche Problem im Rat sei. Wathelet betonte: "Aber wir können diese Diskussion führen. Sie ist im Vertrag enthalten und wir werden sie haben, vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt."

Abschließend sagte Kommissionspräsident José Manuel BARROSO zu den versammelten Parlamentariern: "Wir müssen zeigen, dass alle Akteure die Folgen dieses Vertrages vollständig verstehen und dass enge Zusammenarbeit zwischen den Institutionen auf höchster politischer Ebene eine natürliche Konsequenz unserer gemeinsamen Bemühungen sind, den angemessenen Finanzrahmen für die Zukunft zu verabschieden."

"Wir werden von unserem Initiativrecht Gebrauch machen, um noch vor Ende Juni 2011 Vorschläge zu Eigenmitteln zu unterbreiten. Natürlich muss das Parlament dazu um Rat ersucht werden", fügte Barroso hinzu. Präsident Barroso unterstützte darüber hinaus die Haltung des Parlamentes bzgl. Flexibilität: "Wir sollten eine qualifizierte Mehrheit zu 0,03 % des Bruttonationaleinkommens haben. Ich hoffe, dazu vom Rat eine positive Rückmeldung zu erhalten."

Nächste Schritte

Das Parlament wird am Donnerstag, 25. November, über eine EntschlieÙung zu Haushaltsverhandlungen abstimmen.

Diskussion über die kommende Klimakonferenz in Cancun

Worum geht es in Cancun?

Das Hauptanliegen ist es, weltweit verbindliche Grenzwerte für den Ausstoß des Treibhausgases CO₂ zu beschließen. Aus vielen wissenschaftlichen Studien geht hervor, dass bei einem Ansteigen der Durchschnittstemperatur in der Erdatmosphäre von 2°C bis zum Ende des Jahrhunderts, sehr ernste Konsequenzen für das Gleichgewicht des Klimas drohen.

Die Europäische Union setzt sich dafür ein, dass bis zum Ende des Jahrzehnts der Ausstoß von CO₂ um 20% gesenkt wird.

An der Weltklimakonferenz in Cancun nimmt auch eine Delegation von Europaabgeordneten teil, die der deutsche Sozialdemokrat Jo Leinen anführt.

Das Kyoto-Protokoll endet 2012

Das bisher gültige Protokoll von Kyoto läuft im Jahre 2012 aus und es bleibt daher nur wenig Zeit um eine Nachfolgeregelung zu finden. Die Konferenz in Cancun ist ein neuer Versuch, nachdem die Klimagespräche in Kopenhagen im Dezember 2009 gescheitert sind.

Viele Entwicklungsländer wehren sich gegen bindende Vereinbarungen, die ihr Wirtschaftswachstum bremsen würden, dies ist insbesondere ein Argument, das von China vorgebracht wird.

Überdies gibt es Streit um Geld - es ist nicht klar wer die notwendigen Anpassungsmaßnahmen bezahlen soll.

Strengere Informationsbestimmungen für verschreibungspflichtige Medikamente gefordert

Patienten müssen besseren Zugang zu qualitativ hochwertigen Informationen über verschreibungspflichtige Medikamente haben. Dies bekräftigen die Abgeordneten, die am Mittwoch über einen diesbezüglichen Gesetzentwurf abgestimmt haben. So sollen objektive Informationen zu Arzneimiteleigenschaften sowie zu der behandelnden Krankheit oder zum gesundheitlichen Zustand bereitgestellt werden. Gleichzeitig soll vor unerbetenen Informationen oder versteckter Werbung geschützt werden.

Die EU-Abgeordneten stützen die Änderungen des Gesetzentwurfes auf das Grundsatzprinzip, dass Patienten das Recht auf Zugang zu genauen und unvoreingenommenen Informationen haben sollten. Das Parlament stellt die Verpflichtungen der pharmazeutischen Unternehmen sowie die Möglichkeiten der Bereitstellung von Informationen klar. Auch die Rolle der Mitgliedstaaten wird genau definiert.

Die Europaparlamentarier haben am Mittwoch in erster Lesung zwei legislative Berichte verabschiedet: eine Verordnung zu Aspekten auf EU-Ebene sowie eine Richtlinie zu Bestimmungen für Mitgliedstaaten, die in nationale Gesetzgebung umgesetzt werden sollen. Beide Berichte werden nun dem Rat zur Diskussion vorgelegt.

Der schwedische EU-Abgeordnete Christofer FJELLNER (EVP), der die Berichte vorgelegt hat, sagte dazu: "Das Wichtigste, das wir in diesem Verfahren, getan haben, war den Fokus dieser Gesetzgebung zu ändern, von den Rechten der pharmazeutischen Unternehmen, Informationen zu verbreiten, hin zu den Patientenrechten auf Information, die sie benötigen und wollen. Dieser Vorschlag bietet nur Verbesserungen in Bezug auf Qualität und Umfang von Informationen, die den Patienten zur Verfügung stehen."

Unternehmen müssen informieren, nicht Werbung machen

Da das Internet weiterhin eine große Menge an nicht verifizierten Informationen zu Medikamenten liefert, müssen Patienten in der Lage sein, Informationen von solchen Anbietern zu erhalten, die das Produkt am besten kennen. Die EU-Abgeordneten bekräftigen, dass pharmazeutische Unternehmen in der Lage sein müssen, grundlegende Informationen bereitzustellen. Dies sind etwa Arzneimittelmerkmale, Etikettierung, Packungsbeilage und eine zugängliche Version des jeweiligen Beurteilungsberichtes des Medikamentes. Die Unternehmen sollten auch bestimmte andere Informationen bereitstellen dürfen, die nicht Werbezwecken dienen, etwa zum Preis oder zu Änderungen der Verpackung. Dazu benötigen sie jedoch die Genehmigung der zuständigen Behörden des jeweiligen Mitgliedstaates.

Offene Werbung für verschreibungspflichtige Medikamente ist in der EU bereits verboten. Da das geltende Recht in einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgelegt wird, kann es vorkommen, dass Information und Werbung nicht klar voneinander abgegrenzt werden. Um diese Unterscheidung deutlicher zu machen, fordert das Parlament, dass Informationen zu verschreibungspflichtigen Medikamenten nicht nur über Fernsehen und Radio untersagt sein sollen, sondern auch in Printmedien. Der Kommissionsvorschlag hatte ein Verbot nur für Radio und Fernsehen vorgesehen. Angehörige der Gesundheitsberufe müssen alle Verbindungen zu pharmazeutischen Unternehmen angeben, wenn sie auf öffentlichen Veranstaltungen oder in den Medien über Arzneimittel informieren.

Mitgliedstaaten sollen Informationen online veröffentlichen

Die Abgeordneten betonen, dass Mitgliedstaaten für nationale Bestimmungen verantwortlich sind, die gewährleisten sollen, dass "objektive, unvoreingenommene Informationen" der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dies beinhaltet die Packungsbeilage, einen Beurteilungsbericht über das Produkt und Informationen, wie solchen Krankheiten und Gesundheitszuständen vorgebeugt werden könne. Die Mitgliedstaaten sollen spezielle Webseiten für diese Informationen einrichten. Alle Materialien müssen in einem für Menschen mit Behinderungen geeigneten Format bereitgestellt werden.

Der Bericht (Richtlinie) wurde mit 558 Ja-Stimmen bei 42 Nein-Stimmen und 53 Enthaltungen angenommen

Der Bericht (Verordnung) wurde mit 564 Ja-Stimmen bei 41 Nein-Stimmen und 45 Enthaltungen angenommen.

Diskussion über die Prioritäten der EU für 2011

Der Präsident der Europäischen Kommission, **José Manuel Barroso**, sprach am Dienstag Nachmittag im Plenum über die Prioritäten für 2011. Es geht vor allem darum, die E aus der Wirtschaftskrise zu bringen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Rolle Europas in der Welt zu stärken und die Bürgerrechte in der EU zu sichern.

Europa müsse mit den Entwicklungen des 21. Jahrhunderts Schritt halten und die Vorteile der Globalisierung nutzen, sagte Barroso.

Für die EVP sagte MdEP **József Szájer** aus Ungarn: "Wir müssen die Krise überwinden und unsere Wirtschaft auf Arbeit stützen." Innovation und Forschung gehören für ihn ebenfalls zu den Prioritäten, sowie strengere Kontrollen für importierte Lebensmittel.

Der österreichische Sozialdemokrat **Hannes Swoboda** will mehr in grüne Arbeitsplätze investieren und die sozialen Standards in Europa schützen. Ersagte überdies, dass in diesem Zusammenhang ein gewisses Maß an Steuerharmonisierung in der EU notwendig sein wird.

Die liberale rumänische Abgeordnete **Adina-Ioana Vălean** kritisierte, dass es wohl sehr viele Strategien gebe aber sehr wenig Willen, sie auch wirklich zu verfolgen. Sie fordert daher sich wieder auf die Grundlagen zu besinnen, wie etwa den Binnenmarkt.

Der konservative Abgeordnete **Oldřich Vlasák** (ECR) aus Tschechien sprach sich gegen allzu viele Verordnungen aus: "manchmal ist es besser weniger Rechtsvorschriften zu haben." Er sagte das viele Wirtschaftsakteure es immer schwieriger haben auf ständige Änderungen im System zu reagieren.

Patrick Le Hyaric von den französischen Linken sagte, dass sich die EU immer so verhalte als gebe es keine Krise. Es sei wichtig die sozialen Standards zu stärken und das Rentensystem zu schützen.

Niki Tzavela aus Griechenland (EFD) machte auf die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aufmerksam und forderte eine europaweite Reaktion auf diese Entwicklung.

Haushalt 2011: Parlament bekräftigt seinen Standpunkt

Die Abgeordneten sind zu einer Einigung über den Haushaltsplan 2011 innerhalb des vom Rat gesetzten Ausgabenniveaus unter der Voraussetzung bereit, dass die Regierungen der Haushaltsflexibilität und einer Arbeitsmethode für die Zukunft zustimmen. Dies ist die Kernaussage einer am Donnerstag angenommenen Entschließung zu den laufenden Verhandlungen zum Haushaltsplan 2011.

Die Abgeordneten sind bereit, "einer Einigung zum Haushaltsplan 2011 und den damit verbundenen Aspekten innerhalb eines sehr kurzen Zeitrahmens zuzustimmen" unter der Voraussetzung, dass folgende drei Bedingungen erfüllt sind:

Die Abgeordneten wollen eine Einigung über echte Flexibilitätsmechanismen, die vom Europäischen Parlament sowie mit qualifizierter Mehrheit im Rat zu beschließen sind. Vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags konnte der Haushalt um 0,03 % des EU-Bruttonationalprodukts erhöht werden, vorausgesetzt diese Änderung wurde mit qualifizierter Mehrheit im Rat und vom Parlament angenommen. Dieser Mechanismus war nötig, um eine Finanzierung des Galileo-Projekts zu ermöglichen sowie eine Milliarde Euro für Nahrungsmittel im Rahmen europäischer Notfallhilfe für Entwicklungsländer bereitzustellen, die von steigenden Lebensmittelpreisen betroffen waren. Das Parlament will die Flexibilität auch in Zukunft aufrechterhalten.

Zweitens fordert das Parlament von der Kommission, substantielle Vorschläge auf der Grundlage von Artikel 311 AEUV zu den neuen Eigenmitteln der EU vorzulegen sowie die Zusage des Rates, diese Vorschläge im Rahmen der Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) mit dem Europäischen Parlament zu erörtern, wie in der Interinstitutionellen Vereinbarung zum mehrjährigen Finanzrahmen 2006 vorgesehen. Kommissionspräsident José Manuel BARROSO sicherte den Parlamentariern am Dienstag während der Plenardebatte zum Haushaltsplan zu, dass die Kommission diesbezügliche Vorschläge bis Ende Juni 2011 unterbreiten werde.

Der Vertrag verpflichtet Parlament, Kommission und Rat, "alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen", um eine Einigung zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zu erzielen. Die dritte Bedingung ist eine Einigung aller drei Institutionen über eine pragmatische Arbeitsmethode, die Klarheit darüber schaffen soll, wie dies in der Praxis umgesetzt werden sollte.

"Um ein schnelles und gutes Verhandlungsergebnis für die EU zu erzielen, brauchen wir Bewegung vom Rat. Wir sind zu Verhandlungen bereit. Wir brauchen Bewegung in Bezug auf die Rolle des Parlaments in den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen, eine Zusicherung für eine Diskussion zu den Eigenmitteln der Union und zu echten Flexibilitätsmechanismen, die den festgelegten Grundsätzen für eine Revision entsprechen. Zugleich sollen sie die Finanzierung der politischen Maßnahmen ermöglichen, die sich aus dem Vertrag von Lissabon ergeben", betonte Parlamentspräsident Jerzy Buzek.

Die erste Runde der Haushaltsverhandlungen hat im April mit einem Kommissionsvorschlag, einer Stellungnahme des Rates im August und einer Stellungnahme des Parlamentes begonnen. Der ursprüngliche Plan hatte eine Einigung während der Vermittlungsperiode vorgesehen, die am 15. November zu Ende gegangen ist. Da die Institutionen zu keiner Einigung finden konnten, wird die Kommission vermutlich am 1. Dezember einen neuen Haushaltsentwurf vorschlagen. Der Haushaltsausschuss des Parlamentes wird am 1. und 2. Dezember zusammen treten, um den Vorschlag zu diskutieren.

Die Kommission wird im Sommer 2011 einen Vorschlag zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR, auch Finanzielle Vorschau genannt) unterbreiten.

Die Entschließung wurde mit 486 Ja-Stimmen, 64 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen angenommen.